

12
84

Union in Deutschland

Bonn, den 5. April 1984

Bundesregierung bekräftigt

Wir lassen die Bauern nicht im Stich

Die Landwirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft haben am vergangenen Wochenende die schwierigen Probleme der gemeinsamen Agrarpolitik gelöst. Mit der Entscheidung konnte die lang anhaltende Unsicherheit noch vor Beginn des neuen Wirtschaftsjahres beendet werden. Damit ist für die nächsten Jahre ein klarer Kurs vorgegeben, und die Landwirtschaft hat wieder Rahmenbedingungen, mit denen sich planen läßt. In schwierigen Zeiten gibt es kaum etwas Schlimmeres als fehlende Orientierungsdaten.

Mit der Einführung einer Garantiemengenbegrenzung auf dem Milchmarkt ist für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kein Wunschkind geboren worden, erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Egon Susset. Aber die Ignoranz jahrelanger Fehlentwicklungen durch die seinerzeit Verantwortlichen hat schließlich dazu geführt, daß der Handlungsspielraum immer enger wurde, bis schließlich nur noch eine Notbremsung möglich war. Die deutschen Bauern sind davon unmittelbar

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ ARBEITSMARKT

Fast 150 000 Arbeitslose weniger
Seite 3

■ STEUERREFORM

Haushaltsgruppe gegen höhere
Verbrauchssteuern
Seite 4

■ VORRUHESTAND

Jetzt müssen die Tarifparteien ihren Beitrag leisten
Seite 5

■ TARIFFPOLITIK

Mutiger Schritt der IG Bau-
Steine-Erden
Seite 8

■ INFORMATION

Keine doppelte Gebühr für
Schnellbriefe
Seite 9

■ DEUTSCHLAND- POLITIK

Wer aus der DDR zu uns kommt,
muß Aufnahme und Hilfe finden
Seite 11

■ CDU NIEDER- SACHSEN

Führungsspitze mit eindrucksvoller
Mehrheit wiedergewählt
Seite 13

■ DOKUMENTATION

Neuorientierung in der Forschungs- und Technologiepolitik
grüner Teil

■ ÖFFENTLICHKEITS- ARBEIT

Ideen sind gefragt: Aktionen im
Europa-Wahlkampf
rosa Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

bar betroffen, und es wird nicht einfach sein, die großen Anforderungen der nächsten Jahre zu bestehen. Aber die Agrardebate im Deutschen Bundestag hat deutlich gemacht, daß die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion voll hinter den deutschen Bauern stehen. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, den Landwirten einen Ausgleich für die zu erwartenden Einkommensverluste beim Abbau des deutschen Währungsausgleichs zu gewähren. Für die deutschen Landwirte ist die Grenze des Zumutbaren erreicht; sowohl im europäischen als auch im nationalen Bereich ist kein Spielraum für weitere Opfer mehr vorhanden.

■ **Das große Verständnis, das vor allem Bundeskanzler Helmut Kohl und Finanzminister Gerhard Stoltenberg für die Lage der Landwirtschaft aufgebracht haben, hat dazu beigetragen, das Vertrauen der Bauern in die Bundesregierung zu stärken.**

Die Bundesregierung ist in den Partnerländern durch ihre Bereitschaft, den Währungsausgleich abzubauen, einen großen Schritt entgegengekommen. Dieses Zugeständnis hat die festgefahrenen Verhandlungen erst in Gang gebracht. Es ist damit als Beitrag zur europäischen Integration zu werten und kann nicht den deutschen Bauern alleine aufgebürdet werden.

Nationale Ausgleichsmaßnahmen zur Kompensation der Einkommenseinbußen durch den Währungsausgleichsabbau hätte es unter einer SPD-geführten Regierung nicht gegeben. Dies muß aus den Ausführungen des Oppositionsführers in der Bundestagsdebatte zum europäischen Gipfel geschlossen werden.

Die deutschen Bauern haben in der Vergangenheit oft genug bewiesen, daß sie bereit sind, ihren Beitrag zu einem ge-

meinsamen Europa zu leisten. Dafür gebührt ihnen großer Dank und Anerkennung.

Der Agrarbericht 1984 zeigt, daß die Einkommenssituation nach einer erfreulichen Entwicklung im abgelaufenen Wirtschaftsjahr wieder nach unten gerichtet ist. Nach den vorliegenden Prognosen für das laufende Wirtschaftsjahr 1983/84 muß mit einem Einkommenseinbruch von durchschnittlich über 20 Prozent gerechnet werden. Damit ist die im abgelaufenen Wirtschaftsjahr (1982/83) eingetretene Erholung mehr als aufgezehrt, und das Einkommensniveau liegt wieder bei etwa 21500,— DM/Familienarbeitskraft; soviel haben die Bauern schon vor neun Jahren verdient.

Die zukünftige Agrarpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird sich an unserem Entschlußungsantrag zum Agrarbericht 1984 orientieren. Dabei steht im Vordergrund, die knappen Marktkapazitäten dem bäuerlichen Betrieb zu sichern.

Landwirtschaftsminister Ignatz Kiechle erklärte: Die jetzt gefundenen Lösungen waren längst überfällig und hätten eigentlich schon vor Jahren fallen müssen; denn die Überschüsse innerhalb der Europäischen Gemeinschaft saugen jegliche freie Finanzmasse in dieser Gemeinschaft auf. Das kann niemand wünschen, am wenigsten die Landwirte selbst. Die Zahlen über die Bestände in den Interventionslagern sind eindeutig: rund 1 Million t überschüssiges Magermilchpulver, rund 900 000 t überschüssige Butter, rund 9 Millionen t überschüssiges Getreide, ein Zuviel an Wein von rund 20 bis 30 Millionen Hektolitern, alles unbezahlt, alles nur auf Kredit finanziert.

An diesen Zahlen kommt niemand vorbei, weder durch Diskutieren noch durch Demonstrieren, weder durch Manipulieren noch durch Protestieren. Hier mußte der Rechenstift benutzt werden.

ARBEITSMARKT

Fast 150 000 Arbeitslose weniger

Die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik ist im März um fast 150 000 gesunken. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit wurden mit 2 393 251 genau 143 342 Arbeitslose weniger als Ende Februar registriert. Die Arbeitslosenquote sank von 10,2 auf 9,6 Prozent. Die Zahl der Kurzarbeiter verringerte sich um rund 26 000 auf 617 600. Die offenen Stellen erhöhten sich um 13 558 auf 93 266.

Zu den erstmalig vom neuen Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, bekanntgegebenen Arbeitsmarktdaten gibt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU Bundestagsfraktion, MdB Heimo Georger, folgende Stellungnahme ab:

Die schon im Februar erkennbare Tendenz einer leichten Entlastung auf dem Arbeitsmarkt ist auch für den März kennzeichnend. Die Arbeitslosenquote und die saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen sind niedriger als vor einem Jahr. Die absolute Zahl der Arbeitslosen ist zwar noch um 6 752 höher als vor einem Jahr. Dennoch ist dies ein arbeitsmarktpolitischer Erfolg, nachdem von März 1981 zum März 1982 eine Steigerung der Arbeitslosenzahl von 601 230 und von März 1982 zum März 1983 immerhin noch eine Erhöhung um 575 129 festzustellen war. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bleibt es bei der Einschätzung, daß insgesamt die Arbeitslosigkeit im laufenden Jahr spürbar eingedämmt wird. Darauf deuten auch die im bisherigen Jahresverlauf gestiegenen Zahlen der Arbeitsvermittlungen und der offenen Stellen hin.

Bei den Leistungsempfängern ist im Vergleich zu den Vorjahren der Anteil der Bezieher von Arbeitslosengeld gesunken, der Anteil der Bezieher von Arbeitslosenhilfe dagegen gestiegen. Dies ist aber die zwangsläufige Folge von längeren Phasen hoher Arbeitslosigkeit. Unbestreitbar schafft die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen, die nach Ausschöpfen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld in die Arbeitslosenhilfe übergeleitet oder teilweise von Familienangehörigen abhängig werden, auch zusätzliche soziale Probleme für die Betroffenen. Ergänzende Ansprüche auf Wohngeld und erforderlichenfalls auf Sozialhilfe schützen aber im Regelfall vor unzumutbaren Notlagen. Die Gesamtsituation wird sich im übrigen in den nächsten Monaten dadurch erheblich entschärfen, daß mit steigender Wirtschaftstätigkeit auch mehr Arbeitslose wieder Arbeit bekommen.

Einsparungen beim Arbeitslosengeld gegenüber dem Haushaltsansatz der Bundesanstalt für Arbeit und bei der Arbeitslosenhilfe gegenüber dem Ansatz im Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung erleichtern die Chancen, die Mittel für produktive Hilfen für Arbeitslose (Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Förderung von Umschulung und beruflichem Aufstieg, Eingliederungshilfen für Langzeitarbeitslose) zu erhöhen. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Ausbau dieser Maßnahmen muß prinzipiell Vorrang vor Aufstockung der Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz für die bloße Unterstützung von Arbeitslosen haben.

■ STEUERREFORM

Haushaltsgruppe gegen höhere Verbrauchsteuern

Die Haushaltsgruppen der CDU/CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion haben sich am 2. und 3. April 1984 in einer zweitägigen Klausurtagung mit aktuellen haushalts- und steuerpolitischen Fragen befaßt und dabei eine mehrstündige Aussprache mit Bundesfinanzminister Stoltenberg über die Eckdaten der geplanten steuerlichen Entlastungen, der Verbesserung des Familienlastenausgleichs und der Haushalte der nächsten Jahre geführt. Die Haushaltsgruppen begrüßen ihre frühe Einbeziehung in den Beratungsprozeß durch die Bundesregierung. Sie haben dem Bundesfinanzminister für die bevorstehenden finanzpolitischen Entscheidungen ihre Unterstützung und ihren kritischen Rat zugesagt.

Die Haushaltsgruppen haben Einigung über folgende Grundsatzpositionen erzielt:

1. Die wirtschaftlichen Erfolge der letzten 18 Monate und die bei der Stabilisierung der Staatsfinanzen erreichten Fortschritte haben die Richtigkeit der von der Koalition eingeleiteten Konsolidierungspolitik eindruckvoll bestätigt. Die konsequente Beibehaltung des Konsolidierungskurses ist Voraussetzung für eine spürbare steuerliche Entlastung und die notwendige Reform des Familienlastenausgleichs.

2. Das Volumen der steuerlichen Entlastung sollte nach Möglichkeit 25 Mrd. DM betragen, davon mindestens 5 Mrd. DM

für den Familienlastenausgleich. Darüber hinaus sollte die finanzielle Lage von Familien mit Kindern im Bereich der unteren Einkommen durch zusätzliche Maßnahmen bei den familienpolitischen Zuwendungen aus dem Haushalt verbessert werden.

3. Eine Kompensation durch Mehrwertsteuer- oder Verbrauchsteuererhöhung sollte nicht vorgesehen werden.

4. Ein teilweiser Ausgleich ist nach Auffassung der Arbeitsgruppen der Regierungskoalition durch stärkeren Abbau von Steuersubventionen und Finanzhilfen, durch weitere steuerliche Kompensation in politisch vertretbaren Bereichen, vor allem aber durch eine strikte Begrenzung der jährlichen Ausgabenzuwächse in den kommenden Haushalten zu suchen.

5. Die Arbeitsgruppen der Koalitionsfraktionen haben eine Kommission aus Haushalts- und Steuerpolitikern eingesetzt, die bis Ende des Monats auf der Grundlage der Diskussionsergebnisse der Klausurtagung konkrete Vorschläge für einen solchen teilweisen Ausgleich, insbesondere beim Abbau steuerlicher Subventionen, unterbreiten soll.

6. Die steuerlichen Entlastungen sollten nach Möglichkeit als Ganzes in Kraft gesetzt werden. Der Zeitpunkt wird auch von dem Umfang der Möglichkeiten für einen teilweisen Ausgleich abhängen. Einheitliches Inkrafttreten und Verzicht auf Mehrwertsteuer- und Verbrauchsteuererhöhung haben jedenfalls Vorrang. Als Alternative ist auch eine moderate Rückführung des Entlastungsvolumens denkbar.

7. Auch in den nächsten Haushaltsjahren müssen äußerste Sparsamkeit und Solidarität oberste Richtschnur der Haushaltspolitik bleiben, damit die Neuverschuldung auch nach Steuerreform und Verbesserung des Familienlastenausgleichs das in der Finanzplanung vom Sommer letzten Jahres gesetzte Konsolidierungsziel für 1987 von 22,5 Mrd. DM nicht verfehlt wird.

■ VORRUHESTAND

Jetzt müssen die Tarifpartner ihren Beitrag leisten

Unser Vorruhestandsangebot ist ein Gesetz gegen die Resignation und ein klares Angebot an die Tarifvertragsparteien, erklärte Bundesminister Norbert Blüm bei der Verabschiedung des Vorruhestandsgesetzes im Deutschen Bundestag. Das Gesetz wurde mit den Stimmen der Koalitionsparteien angenommen und tritt zum 1. Mai dieses Jahres in Kraft.

Die beste Beschäftigungspolitik ist eine florierende Wirtschaft, denn auch die höchsten Sozialleistungen ersetzen nicht den Arbeitsplatz, stellte Blüm fest. Es gibt wieder Grund für Zuversicht: Das Wachstum steigt, Investitionen lohnen sich wieder und die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl geht zurück. Die Kurzarbeit ist halbiert gegenüber dem Vorjahr. Die offenen Stellen nehmen zu. Ihre Zahl lag im Februar um 16 Prozent über dem Stand des Vorjahres. Der Stellenzugang war bei den Arbeitsämtern um 31 Prozent höher als im Februar 1983.

Was uns jetzt nicht passieren darf, ist ein Arbeitskampf. Ein Streik jetzt trifft mehr die Arbeitslosen als die Arbeitgeber, und das kann niemand wollen; weder die Gewerkschaften noch die Arbeitgeber noch der Staat. Eitelkeit und Prestige sind ein sozialer Luxus, den wir uns nicht leisten können. Es geht nicht darum, wer recht behalten hat, sondern wie wir gemeinsam den Arbeitslosen helfen. Sozialer Frieden ist eine Aufschwungbedingung.

Unser Vorruhestandsgesetz ist ein Friedensangebot. Es hat nur Erfolg, wenn

Staat, Gewerkschaften und Arbeitgeber zusammenwirken. Das Gesetz ohne die Mitwirkung der Tarifpartner ist nur von dem Wert des Papiers, auf dem es gedruckt ist. Wer nicht mitmacht, steht unter Rechtfertigungszwang.

Wir strecken die Hand aus. Gewerkschaften und Arbeitgeber, die die Hand zurückweisen, müssen das vor den Arbeitslosen verantworten. An die Gewerkschaften appelliere ich, sich nicht auf die 35-Stunden-Woche zu fixieren. Fixierungen sind immer Ausdruck von Erstarrung, von Verkalkung. Die Vorruhestandsregelung ist ein Ausweg aus der arbeitsmarktpolitischen Sackgasse.

An die Arbeitgeber appelliere ich, nicht kleinlich zu sein. Ein großzügiges Vorruhestandsangebot ist eine weitsichtige Investition in den sozialen Frieden und Zusammenarbeit der Sozialpartner.

Deshalb appelliere ich an die Kompromißfähigkeit der Tarifpartner. Die Vorruhestandsregelung erweitert den Spielraum der Einigungsmöglichkeiten und ist ein wichtiger Beitrag zur Arbeitszeitverkürzung. Jeder weiß, daß die Lebensarbeitszeitverkürzung viel populärer ist als die Wochenarbeitszeitverkürzung.

Wir sind nicht der Vormund der Arbeitnehmer. Die Mehrzahl der Arbeitnehmer zieht die Lebensarbeitszeitverkürzung der Wochenarbeitszeitverkürzung vor. Was den Wünschen der Arbeitnehmer entspricht, kann nicht gewerkschaftsfeindlich sein. Wer behauptet, die Vorruhestandsregelung sei gegen die Gewerkschaften gerichtet, unterstellt, Gewerkschafts- und Arbeitnehmerwünsche seien nicht gleich.

Das wäre schlimm für die Gewerkschaften. Keine noch so intelligente Diskussion kann an der Tatsache vorbeigehen, daß beides nicht möglich ist, die 35-Stunden-Woche und die Lebensarbeitszeitverkürzung. Wer die 35-Stunden-Woche ideologisiert und zur Machtfrage der Gesellschaft hochstilisiert, gar die Existenzfähigkeit der demokratischen Gesellschaft davon abhängig macht, der blockiert die pragmatische Lösung der Arbeitszeitfrage.

Wer gegen die 35-Stunden-Woche ist, ist deshalb noch kein Gegner der Demokratie. Die Demokratie gab es bei 48 Stunden Wochenarbeitszeit, die gibt es bei 40 Stunden und die wird es auch bei 35 Stunden geben.

Das Dilemma der 35-Stunden-Woche

Die Vorruhestandsregelung ist auch ein Ausweg aus dem Dilemma der 35-Stunden-Woche. Das Dilemma der 35-Stunden-Woche ist ein doppeltes Dilemma.

1. 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich wird eine große Zahl von notleidenden Betrieben in den Bankrott drängen. Wir verlieren dabei nicht nur Unternehmer, sondern auch Arbeitsplätze.
2. 35-Stunden-Woche ohne vollen Lohnausgleich hängt die Rentner vom Fortschritt ab. Es gibt nämlich wieder etwas zu verteilen. Wenn der ganze Zuwachs allerdings in mehr Freizeit umgewandelt wird, gehen die Rentner leer aus, denn ihre Rentenerhöhung hängt an den Lohnerhöhungen.
3. 35-Stunden-Woche auf einen Schlag mit 5 Stunden Arbeitszeitverkürzung läßt sich in vielen Bereichen betriebsorganisatorisch und betriebswirtschaftlich nicht verkraften. Der Ruin eines Betriebes ist auch der Ruin von Arbeitsplätzen.
4. 35-Stunden-Woche in kleinen Schritten führt zu demselben Ergebnis, zu dem sie bereits in Frankreich geführt hat:

- Eine Stunde Wochenarbeitszeitverkür-

zung wird aufgefangen durch Arbeitsverdichtung, mit anderen Worten: Fließbänder laufen schneller, und die kleinen Pausen fallen weg.

- Eine Stunde Wochenarbeitszeitverkürzung kostet mehr als die ganze Vorruhestandsregelung. Für eine Stunde Wochenarbeitszeitverkürzung werden 2,6 Prozent Bruttolohn- und -gehaltssumme in Anspruch genommen. Die Vorruhestandsregelung ist um mehr als ein Prozent billiger. Es bleibt also bei der Vorruhestandsregelung noch etwas für die Lohntüte übrig. Die 35-Stunden-Woche nimmt mehr von dem Kuchen Sozialprodukt in Anspruch, als neu gebacken wird. Aber man kann bekanntlich nicht mehr Kuchen essen, als gebacken ist.

Die Vorzüge der Vorruhestandsregelung

In die Vorruhestandsregelung sind vier Rücksichten institutionell eingebaut:

1. Rücksicht auf die Arbeitslosen

Die Vorruhestandsregelung ist mit einem Einstellungsgebot für Arbeitslose verbunden. Geld bekommt der Betrieb nur, wenn er anstelle des ausgeschiedenen älteren Arbeitnehmers einen Arbeitslosen einstellt. Diese Sicherung gibt es bei der 35-Stunden-Woche nicht.

2. Rücksicht auf die älteren Arbeitnehmer

Die Vorruheständler der nächsten Jahre sind die Kinder des Hungers aus der Weimarer Zeit, die Jugendlichen der Bombennächte des Zweiten Weltkrieges und die jungen Leute des Wiederaufbaus, die die Trümmer wegräumten, als ein Teil ihrer Väter noch in Gefangenschaft war. Laßt sie in Frieden in den Ruhestand eintreten, wenn sie wollen. Wir verdanken dieser Generation Wiederaufbau und Wirtschaftswunder.

3. Rücksicht auf die Lehrlinge

Für die Vorruhestandsregelung wird in

den Kleinbetrieben die Einstellung eines jeden Lehrlings angerechnet und in allen Betrieben die Übernahme von Ausgebildeten, die sonst arbeitslos würden. Die Vorruhestandsregelung hilft alt und jung, sie ist Ausdruck der Generationengemeinsamkeit.

4. Rücksicht auf die Kleinbetriebe

Die Vorruhestandsregelung schützt die Betriebe vor einer Überforderung. Ein überdurchschnittlicher Anteil von älteren Arbeitnehmern wird keinen Durchschlag in die Kostenbelastung der Betriebe haben, weil eine 5%ige Überforderungsklausel oder eine Ausgleichskasse oder beides zusammen die Vorruhestandsregelung vor Wettbewerbsverzerrungen schützt.

Das Vorruhestandsgehalt liegt weit über dem Arbeitslosengeld, über der Rente, die der gleichaltrige Rentner erhalten würde, und es führt zu höheren Renten, als sie durch die sogenannte 59er-Regelung erreicht würden. Selbst bei einem 65%igen Vorruhestandsgehalt beträgt das Nettoeinkommen über 70 Prozent, das Arbeitsloseneinkommen für Arbeitslose ohne Kinder bekanntlich nur 63 Prozent.

Das Arbeitslosengeld wird nur ein Jahr lang gezahlt, während das Vorruhestandsgeld in der Regel fünf Jahre ausgezahlt wird.

Für den, der über ein Jahr arbeitslos ist und mit 60 in die Rente geht, steigt die Rente dann nicht mehr, während für den Vorruheständler weiter Rentenbeiträge gezahlt werden. Dies alles allerdings sind nur Mindesthöhen. Die Tarifpartner haben es in der Hand, das Vorruhestandsgeld selbst wie die Rentenbeiträge zu erhöhen.

59er-Regelung

Zur Neuordnung der sogenannten 59er-Regelung nur so viel: Für die 59jährigen Arbeitslosen ändert sich gar nichts. Sie können wie bisher mit 60 Jahren vorzeitig

in die Rente. Für die Betriebe allerdings, die sich ohne Not auf diesem Schleichweg von den Kassen der Sozialversicherung ihre betriebliche Personalpolitik bezahlen ließen, ändert sich viel: Sie müssen der Arbeitslosenversicherung und der Rentenversicherung die Kosten dieses Weges in die vorzeitige Rente erstatten. Das ist nicht mehr als recht und billig. Schließlich ist die Rentenversicherung und die Arbeitslosenversicherung nicht der Zahlmeister der Betriebe.

Jetzt ist nicht die Stunde von Taktikern und Buchhaltern. Jetzt ist die Stunde, dem sozialen Frieden seinen Tribut zu zahlen. Deshalb wünsche ich der Vorruhestandsregelung Anwendung. Der Gesetzgeber hat seine Pflicht getan. Jetzt haben die Tarifpartner das Wort. Sie stehen in der gleichen Verantwortung für die Arbeitslosen wie das Parlament.

Unsere Vorruhestandsregelung ist eine Arbeitszeitverkürzung mit Freiheit. Die Arbeitnehmer sollen selbst entscheiden, ob sie mit 58 Jahren in die Rente gehen oder länger in der Erwerbsarbeit bleiben wollen.

Freiheit ist immer besser als Zwang

Wer aus der Erwerbsarbeit ausscheidet, darf nicht aus unserer Gesellschaft ausscheiden. Wir brauchen die älteren Mitbürger. Eine Welt, die das Alter verdrängt, wäre eine erbarmungslose Welt, in der Rücksicht nichts mehr gilt. Wir brauchen die Erfahrung der Alten in den Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Vereinen, in Familien und Nachbarschaft.

Eine Politik aus Erfahrung der Alten gespeist ist mir jedenfalls lieber als eine Politik, die von der Ideologie manch jüngerer Zeitgenossen indoktriniert wird. Unser Angebot eines Vorruhestandes verbinde ich mit einer ausdrücklichen Einladung an die älteren Mitbürger zur Mitarbeit.

■ TARIFPOLITIK

Mutiger Schritt der IG Bau – Steine – Erden: Dieses Beispiel wird Schule machen

Der jüngste Tarifabschluß in der Baubranche beweist: Gewerkschaften und Arbeitgeber sind weiterhin bereit, gemeinsam den erfolgreichen Weg der Partnerschaft zu gehen. 3,3 Prozent Lohnerhöhung sind ein gesamtwirtschaftlich vernünftiger Kompromiß zum Nutzen beider Seiten. Er sichert den Arbeitnehmern das erreichte Reallohniveau. Den überwiegend mittelständischen Betrieben der Bauwirtschaft bleiben existenzbedrohende Kostensteigerungen erspart.

Die Absichtserklärung der Tarifpartner, bis zum Ende dieses Jahres eine Vorruhestandsregelung für die Jahre 1985 bis 1988 zu erarbeiten, gibt diesem Tarifvertrag Signalcharakter für die gesamte Tarifauseinandersetzung 1984. Das gilt auch für die Bereitschaft, die 40-Stunden-Woche bis 1988 festzuschreiben, erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, und sein Stellvertreter, Adolf Müller (Remscheid).

Der IG Bau – Steine – Erden kommt das große Verdienst zu, eine Pionierrolle bei dem mutigen Experiment eines Beschäftigungspaktes zwischen Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebern übernommen zu haben. Sie hat nach der Erkenntnis gehandelt, daß weder der Staat noch die Tarifpartner die schwierigen Arbeitsmarktprobleme unseres Landes allein lösen können. Die freiheitliche Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft bedarf zu ihrer Funktionsfähigkeit der aktiven Mitwirkung

aller gesellschaftlichen Gruppen. Die Tarifpartner der Bauwirtschaft haben in einer schwierigen Situation ihre Bewährungsprobe als stabilisierender Ordnungsfaktor glänzend bestanden.

Dieses Beispiel wird Schule machen. Weitere vier Einzelgewerkschaften haben signalisiert, daß sie grundsätzlich bereit sind, gemeinsam mit der Bundesregierung und der sie tragenden Koalition von CDU, CSU und FDP die Strategie der Lebensarbeitszeitverkürzung als flankierenden Beitrag zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zu verfolgen. Ihre Tarifpolitik weiß sich im Einklang mit den Einstellungen und Wünschen der großen Mehrheit der deutschen Arbeitnehmer — auch der gewerkschaftlich Organisierten —, die einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit auch als Beitrag zur Humanisierung des Arbeitslebens den Vorrang vor der Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich geben.

Weg frei für breite Einführung von Sprit ohne Blei

Die Automobil- und Mineralölindustrie haben die Qualitätsnormen für das künftige bleifreie Normal- und Superbenzin festgesetzt. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann teilte in Bonn mit, mit der Verabschiedung der entsprechenden DIN-Norm im Normenausschuß sei die Voraussetzung zur großflächigen Einführung bleifreien Benzins geschaffen.

■ INFORMATION

Keine doppelte Gebühr für Schnellbriefe

Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) hat nachdrücklich dementiert, daß von 1985 an das Porto für Briefe, die am nächsten Tag zugestellt werden sollen, von 0,80 Mark auf 1,60 Mark erhöht wird. Schwarz-Schilling beschuldigte den SPD-Bundestagsabgeordneten und Postverwaltungsratsmitglied Peter Paterna, der auf diese Erhöhung in einem Zeitungsinterview aufmerksam gemacht hatte, die Unwahrheit zu sagen.

Ebenso unwahr seien Paternas Behauptungen, daß vom nächsten Jahr an für Briefe mit dem heutigen Porto die Laufzeiten verlängert würden und daß die Einführung neuer Brief-Gewichtsklassen geplant sei.

Schwarz-Schilling hat nach Angaben des Postministeriums „zutiefst bedauert“, daß Paterna gegenüber einer Zeitung solche „Fehlinformationen“ gegeben habe, die die Öffentlichkeit verunsicherten und der Post schweren Schaden zufügten. Deshalb sei die Frage zu stellen, wie sich ein derartiges Verhalten Paternas mit einer verantwortlichen Mitgliedschaft im Arbeitsausschuß des Postverwaltungsrats vereinbaren lasse. Er habe aus diesem Anlaß einen Brief an Paterna geschrieben.

Schwarz-Schilling bezeichnete es als Aufgabe der Postunternehmensleitung, sich ständig über die Wirtschaftlichkeit Gedanken zu machen und entsprechende Untersuchungsaufträge zu vergeben. Jedoch wäre schon vom Zeitablauf her eine Erhöhung der Briefgebühren im Jahre 1985 überhaupt nicht mehr möglich.

Auch der postpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Klaus-Jürgen Hoffie, hat sich gegen die „völlig frei erfundenen Behauptungen“ Paternas gewandt. Er erklärte, daß es entgegen den Behauptungen Paternas auch im Postzeitungsdienst keine „Zwei-Klassen-Tarife“ geben werde. Die FDP werde auch 1985 Gebührenerhöhungen im Postdienst nicht zustimmen.

Keine andere Wahl: Buße für Gurtmuffel

Zur geplanten Einführung eines Verwarngeldes von 40,— DM für Autofahrer, die keinen Sicherheitsgurt anlegen, erklärt der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter Straßmeir: Es ist bedauerlich, daß Bundesverkehrsminister Dollinger im Rahmen seiner Verantwortung für die Verkehrssicherheit zu dieser Maßnahme greifen mußte. Besser wäre es gewesen, wenn die Autofahrer von sich aus den zur Verfügung stehenden Sicherheitsgurt angelegt hätten, um somit einen Beitrag zum Kampf gegen den Unfalltod zu leisten. Die letzte Verkehrsstatistik, die gestiegene Unfallzahlen ausweist und die neueste Untersuchung der Bundesanstalt für das Straßenwesen ließen dem Minister jedoch keine andere Wahl. Die ermittelte Anlegequote von 58 Prozent ist absolut unzureichend. Erfreulich ist, daß das vorgesehene Verwarngeld von 40,— DM noch keinen Eintrag in Flensburg zur Folge hat.

Beförderungschancen bei der Bundeswehr verbessern

Der Sorge des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestags, Karl-Wilhelm Berkhan, der Beförderungs- und Verwendungsstau bei der Bundeswehr führe „unweigerlich zu einer Überalterung der Streitkräfte und zum Frust bei Vorgesetzten und Untergebenen“, ist voll beizu-

pflichten. Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Deutschen Bundestages, mit dafür zu sorgen, daß diese Misere so rasch wie möglich behoben wird. Wenn ein Kompaniechef zehn Jahre und länger den gleichen Dienst tun muß, ohne die geringste Aussicht zu haben, befördert zu werden, ist das dem Geist der Truppe höchst abträglich, erklärt MdB Willi Weiskirch.

Was Berkhan zur Beurteilung von Demonstrationen gegen die Bundeswehr sagt, kann nicht nachhaltig genug unterstützt werden. Wenn Geistliche im Ornat und selbst Abgeordnete vor Kasernen und Truppenübungsplätzen demonstrieren, sich aber dem sachlichen Gespräch mit den Soldaten verweigern, dann ist ein solches Verhalten nicht nur verantwortungslos, sondern skandalös zu nennen.

Ölsünderkartei für die Nordsee gefordert

Die bedrohliche Verschmutzung der Nordsee macht, nach Auffassung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Carl-Dieter Spranger (CSU), den Aufbau einer internationalen Ölsünderkartei notwendig. „Offensichtlich ist dies die einzige Möglichkeit, der schleichenden Ölpest Herr zu werden. Die Urlauber werden sich im Sommer selbst vom schlimmen Zustand der Nordsee überzeugen können.“ Die Ölsünderkartei ist nach den Worten Sprangers Bestandteil der Forderungen, die die Bundesregierung auf der Konferenz der Nordsee-Anliegerstaaten Ende Oktober in Bremen vorlegen will. Als Ergebnis erhoffe sich Bonn ein gemeinsames Schutzkonzept aller Regierungen.

Glückwünsche an Duarte

Der Vorsitzende der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat dem christdemokratischen Präsidentschaftskandidaten in El

Salvador, Napoleón Duarte, zu seinem überragenden Wahlerfolg gratuliert. In dem Telegramm heißt es u. a.: „Wir verfolgen Ihren politischen Kampf mit großer Sympathie. Unsere Hoffnung richtet sich jetzt auf den entscheidenden zweiten Wahlgang. Wir sind zuversichtlich, daß das salvadorianische Volk Ihnen den nötigen Rückhalt für Ihre Politik der Versöhnung, der sozialen Reformen und der Durchsetzung rechtsstaatlicher Prinzipien gibt. Sie haben Ihre Entschlossenheit bekundet, dem Blutvergießen in Ihrem unter Gewalt und Terror leidenden Land ein Ende zu bereiten. Für dieses Friedensprogramm haben Sie weiterhin unsere ganze politische und moralische Unterstützung.“

Unterausschuß „Forschung und Technologie“

Im Bonner Konrad-Adenauer-Haus hat zum ersten Mal nach Bildung der neuen Bundesregierung der Unterausschuß „Forschungs- und Technologiepolitik“ des Bundesausschusses Wirtschaft der CDU getagt. Seine Arbeit hat zum Ziel, alle Aspekte der Forschungs- und Technologiepolitik fachlich zu durchleuchten, um zu weiteren programmatischen Aussagen für die künftige politische Arbeit der CDU — auch vor dem Hintergrund des bevorstehenden CDU-Parteitag — zu gelangen.

Das Gremium, dem neben den für Forschungsfragen zuständigen Bundestagsabgeordneten zusätzliche Fachleute aus Verwaltung und Industrie angehören, hat in der ersten Sitzung durch Formulierung von Themenschwerpunkten einen Rahmen für seine Arbeit abgesteckt. Auf der nächsten Sitzung wird anhand eines detaillierten Arbeitsplans mit der fachlichen Beratung begonnen. Vorgesehen ist nötigenfalls weiteren sachverständigen Rat aus Politik, Wirtschaft und Verwaltung heranzuziehen.

■ DEUTSCHLANDPOLITIK

Wer aus der DDR zu uns kommt, muß Aufnahme und Hilfe finden

Nach einer Anhörung von Betroffenen und einem Besuch im Notaufnahmelaager Gießen stellt die Arbeitsgruppe Deutschlandpolitik und Berlinfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgendes fest: Die Deutschen aus der DDR nehmen in geradezu bewundernswerter Geduld die erschwerten Rahmenbedingungen in Gießen hin und weisen dabei in vorbildlicher Weise jedes Anspruchsdenken von sich. Sie sind bemüht, sich reibungslos und schnell in die Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik zu integrieren.

Die seit Anfang dieses Jahres anhaltende Übersiedlungswelle aus der DDR wird von den Beamten und Bediensteten im Bundesnotaufnahmeverfahren und im Lager Gießen mit vorbildlicher Bereitschaft zur Mehrarbeit und mit Freundlichkeit bewältigt. Die Arbeitsgruppe erkennt dies ausdrücklich an, wenngleich sie sich auch davon überzeugt hat, daß die gegenwärtigen Verhältnisse im Notaufnahmelaager Gießen nur für eine begrenzte Dauer zumutbar sind und hingenommen werden können. Die räumlichen Verhältnisse im Notaufnahmelaager Gießen sind eng, was aber solange als erträglich bezeichnet werden kann, als der Aufenthalt — wie bisher — nur eine Nacht oder zwei Nächte dauert und die Zahl der Aufzunehmenden nicht noch mehr ansteigt.

Unabhängig davon müssen aber dringend Verbesserungen im Bereich der Küche, des Speisesaals und der Ruhemöglichkeiten für Kinder herbeigeführt werden. Die diesbezüglichen Verhältnisse sind unwür-

dig und praktisch unzumutbar. Über die dazu erforderlichen finanziellen Aufwendungen sollten sich das Land Hessen, die übrigen Länder und die Bundesregierung — ohne großen Grundsatzstreit — unbürokratisch einigen.

Die medizinischen Betreuungs- und Untersuchungsmöglichkeiten in Gießen für den Kreis der ehemaligen politischen Häftlinge sind nicht ausreichend. Vor allem ist sicherzustellen, daß eine gründliche Untersuchung im Hinblick auf mögliche Haftfolgen nach dem Aufenthalt im Notaufnahmelaager in den jeweiligen Aufenthaltsorten durchgeführt wird. Dabei geht es insbesondere auch um psychische Folgen der Haft. Auffällig häufig klagten die Befragten darüber, daß sie bei den örtlichen zuständigen Arbeitsämtern nicht den Vorschriften entsprechend betreut und behandelt worden sind. So vergeht zum Beispiel bis zur Auszahlung des zustehenden Arbeitslosengeldes eine zu große Zeitspanne (bis zu 7 Wochen und mehr); von der hier angemessenen Möglichkeit einer Vorschußzahlung wird häufig nicht Gebrauch gemacht.

Dabei herrscht bei den Behörden offensichtlich auch Unkenntnis darüber, wie Ausreisewillige von den DDR-Behörden häufig behandelt werden: Nach dem Stellen eines Ausreiseantrages verlieren sie häufig ihren qualifizierten Arbeitsplatz, werden arbeitslos oder mit einer unterwertigen Tätigkeit weiterbeschäftigt. Die hiesige Einstufung in bezug auf das Arbeitslosengeld erfolgt deshalb häufig unzutreffend bloß nach der zuletzt ausgeübten Tätigkeit und nicht nach dem eigentlichen Beruf. Von der Bundesanstalt für Ar-

beit muß daher gefordert werden, alle Außenstellen noch einmal auf die für diesen Personenkreis vorhandenen Vorschriften und Möglichkeiten ausdrücklich hinzuweisen und zu informieren.

Mehrfach wurde auch darüber geklagt, daß Dienststellen von Allgemeinen Ortskrankenkassen nicht darüber informiert waren, daß alle aus der DDR Eingereisten zunächst für die Dauer von drei Monaten automatisch krankenversichert sind. Sie wurden in mehreren Fällen als „freiwillig Versicherte“ eingestuft und sahen sich dann im Krankheitsfalle entsprechenden Forderungen von Ärzten und Krankenhäusern gegenüber. Auch hier ist eine gründliche Information durch das zuständige Bundesministerium und die entsprechenden Landesministerien erforderlich.

Gelegentlich wurde auch darüber geklagt, daß kommunale Dienststellen bei der Gewährung von Sozialhilfe sich mehr nach der örtlichen Kassenlage als nach den rechtlich vorhandenen Ansprüchen richten. Auch eine Vielzahl anderer Stellen zögert durch unverständlich langsame Sachbearbeitung die Eingliederung hinaus. So klagen zum Beispiel Ärzte darüber, daß die zuständigen Landesärztekammern die erforderliche Anerkennung der Approbation erst nach unnötig langer Wartezeit erklären.

Auf die von den hiesigen Generalstaatsanwaltschaften auszusprechende Annullierung von politischen Urteilen der DDR-Gerichte wird, obwohl nach den Vorschriften nicht unbedingt erforderlich, häufig zu großer Wert gelegt. Dadurch entstehen völlig unnötige Wartezeiten bei der Gewährung von Hilfen. So wird die mögliche „sogenannte vorläufige Bescheinigung“ des öfteren nicht anerkannt und auf einer ausdrücklichen Annullierung durch den Generalstaatsanwalt, auch bei völlig eindeutigen Fällen, bestanden.

Völlig unbefriedigend ist die derzeitige Situation bei der Frage, wer die bei der Übersiedlung anfallenden Umzugskosten

trägt. Die im Einzelfall durchaus erheblichen Kosten (mehrere tausend Mark) stellen die Übersiedelnden häufig vor unlösbare Probleme. Da sie selbst das nötige Geld nicht haben, müssen Verwandte, Sozialämter oder sonstige Organisationen die Kosten übernehmen. Da in diesem Zusammenhang aber keinerlei verbindliche Regelung vorhanden ist, wächst sich diese Frage zu einer unzumutbaren Belastung aller Beteiligten aus. Es ist deshalb zu fordern, daß schnellstens eine rechtlich verbindliche Regelung über die Kostentragungspflicht bis zum künftigen Aufenthaltsort der Übersiedler geschaffen wird.

Nicht hingenommen werden kann auch die Tatsache, daß diejenigen Übersiedler, die mit eigenem Pkw anreisen, praktisch ab dem Übertritt an der innerdeutschen Grenze bis zur Ummeldung ihres Pkws in der Bundesrepublik (Gießen oder Aufenthaltsort) ohne Versicherungsschutz fahren. Die Bundesregierung sollte mit den Kfz-Haftpflichtversicherungen dahingehend übereinkommen, daß Versicherungsschutz rückwirkend bis zum Übertritt an der innerdeutschen Grenze gewährt wird.

Bund der Mitteldeutschen ruft Spendenaktion aus

Zu Spenden für die Übersiedler aus der DDR hat der Bund der Mitteldeutschen (BMD) aufgerufen. BMD-Präsident Manfred Schmidt sagte, mit der Spendenaktion „Deutsche helfen Deutschen“ solle „direkte Hilfe in besonders schwierigen Fällen“ geleistet werden. So hätten viele Menschen aus der DDR nach ihrer Ausreise in die Bundesrepublik mit starken finanziellen Belastungen durch den Umzug, durch lange Wartezeiten auf wichtige Behördenentscheidungen und durch den Unterhalt für ihre Kinder zu kämpfen. Schmidt rief die Bundesbürger auf, die Übersiedler aus der DDR „in unsere Gesellschaft aufzunehmen“ und ihnen Hilfe zu geben.

■ CDU NIEDERSACHSEN

Führungsspitze mit eindrucksvoller Mehrheit bestätigt

Minister Wilfried Hasselmann wird für weitere zwei Jahre die Niedersachsen-CDU anführen. Mit rund 92 Prozent der Stimmen wurde er am Wochenende in Cuxhaven auf dem Landesparteitag zum neunten Male wiedergewählt. Seine Stellvertreter wurden Sozialminister Hermann Schnipkoweit, Parlamentarischer Geschäftsführer Rudolf Seiters und Ursula Benedix-Engler, Vorsitzende der niedersächsischen Frauenvereinigung.

In seiner knapp einstündigen Eröffnungsrede hatte Wilfried Hasselmann die 681 Delegierten der Union zu verstärktem politischen Engagement aufgefordert: „Die Partei darf sich nicht darauf verlassen, daß Regierung und Fraktion alles wohl richten“, sagte er. Es müsse gerade an der Basis diskutiert werden, um Denkmodelle zu verwirklichen. Der Landesvorsitzende schätzte die Situation insgesamt positiv ein, wies aber auf den Spätindikator Arbeitslosigkeit hin. Sie werde allerdings zurückgehen, wenn der bisher eingeschlagene Kurs der Union beibehalten werde. Hasselmann: „Eine Wende rückwärts wird es mit uns nicht geben.“ Gleichzeitig erteilte er der Einführung der 35-Stunden-Woche eine klare Absage. „Wir lassen uns von niemandem das Recht absprechen, zu dieser zwischen Teilen der Gewerkschaft und der SPD ausgeheckten Forderung öffentlich Stellung zu nehmen.“ Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sei in höchstem Maße unsozial.

Ministerpräsident Ernst Albrecht betonte auf dem Parteitag, daß an dem Grenzverlauf an der Elbe zur DDR nicht gerüttelt werden könne. Er betonte zwar die Bereitschaft zu Gesprächen mit Ostberlin, „aber wir werden keine Wallfahrt veranstalten“. So sei man bereit, Gespräche über die Erfassungsstelle in Salzgitter zu führen. Am einfachsten sei es allerdings, die Menschenrechtsverletzungen in der DDR einzustellen, betonte der Ministerpräsident.

Ministerpräsident Ernst Albrecht lehnte eine zusätzliche Belastung des Landesetats durch die geplante Steuerreform ab. 55 Prozent der vorgesehenen Entlastungssumme von 22 Milliarden Mark sollten Länder und Gemeinden tragen.

Dies würde für den niedersächsischen Haushalt eine Ausweitung der Deckungslücke von derzeit zwei Milliarden auf drei Milliarden Mark bedeuten. Dies komme für die Landesregierung nicht in Frage, betonte Albrecht.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler teilte vor den Delegierten dem Gedanken an eine große Koalition in Bonn eine Absage. Ein Bündnis mit einer Partei, die die Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf dem Altar ihres neuen Bündnisses mit Grünen und Neomarxisten opfere, komme für die CDU nicht in Frage. Im Vorfeld der Europawahl müsse die CDU eine grundsätzliche politische Auseinandersetzung mit der SPD führen. Die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche bezeichnete Geißler als „typischen sozialdemokratischen Blödsinn“.

Auf dem Gebiet des Umweltschutzes votierten die CDU-Delegierten für eine stufenweise Inbetriebnahme des Kohlekraftwerkes Buschhaus bei Helmstedt. In diesem Zusammenhang wurden die Vorbehalte der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus zurückgewiesen, die sich gegen eine Inbetriebnahme des Kraftwerkes ausgesprochen hatte. Dazu der Umweltpartei der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion, Dr. Kurt-Dieter Grill: „Die Berliner haben ihren Beschluß ohne jede Rücksprache über die tatsächlichen Verhältnisse und meteorologischen Realitäten gefaßt.“ — Nach dem Willen des Parteitagessoll eine Betriebsgenehmigung für Buschhaus erteilt werden, wenn sichergestellt ist, daß so schnell wie möglich eine Abgasentschwefelungsanlage eingebaut wird.

Kontroverse Diskussion gab es auch über die Zukunft der Orientierungsstufe. Zahlreiche Delegierte meldeten Bedenken gegen die derzeitige Schulform an. Sie sei nicht geeignet, begabte Schüler zu fördern oder schwächeren Schülern zu helfen. Auch sollten die Eltern selbst entscheiden können, ob sie ihr Kind auf eine Orientierungsstufe oder aber gleich in eine für den Schüler geeignete Schule schicken wollen. Nach einem Beschluß des Cuxhavener Parteitagessoll die CDU nach Vorlage einer vom Kultusminister Georg-Berndt Oschatz angekündigten Bestandsaufnahme im kommenden Jahr entscheiden, in welchem Umfang eine Änderung vorzunehmen sei. Bereits für diesen Herbst ist ein Orientierungsstufen-Hearing angesagt.

Im Hinblick auf die bevorstehende Wahl zum Europäischen Parlament (17. Juni) verabschiedeten die niedersächsischen Delegierten eine Europa-Resolution, die dem Stuttgarter CDU-Parteitag im Mai vorgelegt wird.

Wichtiger Schritt ins Satelliten-Zeitalter

Als eine „weitere wichtige Etappe auf dem Weg zu einer liberalen Medienstruktur“ hat der medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Dieter Weirich, den Start des Versuchsprogramms des Europäischen Kommunikationssatelliten (ECS) und des Münchener Kabelfernsehpilotprojekts sowie die Vorlage des Landesmediengesetzes durch die schleswig-holsteinische Landesregierung bezeichnet. Weirich erklärte u. a.: Die Bundesländer sind aufgefordert, nun rasch Landesmediengesetze zu verabschieden, um den Europäischen Kommunikationssatelliten in den Dienst von mehr Programmvielfalt zu stellen. In nahezu allen unionsregierten Ländern liegen entsprechende Entwürfe vor, die bald als Gesetze verabschiedet werden können.

Flick-Ausschuß: Für die SPD unangenehm

Die Arbeit des Flick-Untersuchungsausschusses wird der SPD offensichtlich von Tag zu Tag unangenehmer, so wie es SPD-Schatzmeister Halstenberg in seinem kürzlich bekanntgewordenen und jetzt vom SPD-Sprecher bestätigten Vermerk vom März 1983 vorausgesehen zu haben scheint. Nicht anders sind die wiederholten Ausfälle seitens der SPD gegen den Obmann der CDU/CSU im Untersuchungsausschuß zu erklären, stellt der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, fest.

Die CDU/CSU-Fraktion weist jeden Versuch der SPD zurück, die Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses durch wiederholte Pöbeleien gegen den Obmann der CDU/CSU zu behindern, dessen Aufklärungsarbeit erfolgreich, aber für die SPD unangenehm ist.

■ NATO

An der bewährten Strategie festhalten

Im Februar 1984 hat der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages ein Anhörungsverfahren über sogenannte „alternative Verteidigungsstrategien“ beendet. Der Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik der CDU hat auf seiner letzten Sitzung die Ergebnisse dieser Anhörung ausführlich beraten. Markus Berger MdB, Vorsitzender des Bundesfachausschusses, faßte anschließend zusammen:

Das Anhörungsverfahren des Verteidigungsausschusses hat uns darin bestärkt, an der bewährten NATO-Strategie der angemessenen Reaktion zum Zweck der Abschreckung und Kriegsverhinderung festzuhalten. Gleichwohl sind Verbesserungen bei der konventionellen Verteidigung zu überlegen. Eine ausschließlich konventionelle Verteidigung ist jedoch nicht möglich; sie zu versuchen, würde das Kriegsrisiko erhöhen. Eine glaubwürdige nukleare Abschreckung ist besser als ein konventioneller Verteidigungskrieg. Europa kann seine nukleare Verteidigung nicht alleine übernehmen. Die europäische Sicherheit muß daher eng mit dem atomaren Schirm der USA verzahnt bleiben.

Alle „alternativen Verteidigungskonzepte“, die bei der Anhörung vorgetragen wurden, erwiesen sich als untauglich, den Frieden Europas in Freiheit zu sichern. Ein „Sachverständiger“ empfahl beispielsweise die sogenannte soziale Verteidigung — als hätte es die Erfahrung der Tschechen und Slowaken mit der einmarschierenden So-

wjet-Armee 1968 nicht gegeben. Diktaturen schaffen es immer wieder, durch Erpressung, Spitzelei, Unterdrückung und materielle Vorteile Kollaborateure zu finden.

Der von der SPD benannte Sachverständige, Brigadegeneral a.D. Krause, forderte eine reine „Konventionalisierung“ der Abschreckung. Dagegen stellte der Sozialdemokrat Prof. Carl-Friedrich von Weizsäcker fest: „Es ist der schwerwiegendste Irrtum eines Teils der Friedensbewegung, den Kampf gegen die Atomwaffen schon für einen Kampf gegen den Krieg zu halten. Die Atomwaffe ist nicht ausreichend, den Krieg zu verhindern; seine Ursache aber ist sie nicht. Die Rückkehr zur rein oder vorwiegend konventionellen Bewaffnung könnte sehr leicht die Kriegswahrscheinlichkeit drastisch erhöhen.“

Auch von Weizsäckers Vorschlag einer „raumdeckenden Verteidigung“ erweist sich als unrealisierbar. Wer in dem schmalen Landgürtel der Bundesrepublik Deutschland und mit dem Rücken zum Meer eine Raumverteidigung organisieren wollte, gäbe die Bündnisorganisation und Integration auf. Im Falle eines Angriffs würde das gesamte Land von vornherein zum Schlachtfeld. Wie sollten auf diese Weise die aus der Tiefe ihres Raumes operierenden Sowjet-Armeen mit konventionellen Mitteln gestoppt werden können?

Wir unterstützen daher die Schlußfolgerung des sozialdemokratischen Professors Karl Kaiser: Unter den gegebenen Rahmenbedingungen des Ost-West-Gegensatzes ist ein Verzicht auf die Abschreckung nicht möglich. Infolgedessen können wir uns auch nicht von der Strategie der flexiblen Reaktion abkehren, die der Westen zum Zweck der Kriegsverhinderung entwickelt hat. Auf den Begriff der „alternativen Strategien“ solle, so Kaiser, daher verzichtet werden, da echte Alternativen aus den genannten Gründen zur Zeit nicht möglich seien.

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

OB-Wahl in München

Für den neuen Mann im Rathaus wird der politische Alltag (trotz seines haushohen Wahlsieges) schwierig... Sicher ist aber, daß die SPD trotz Aufwind noch nicht an ihre früheren Glanzzeiten anknüpfen kann und der neue Oberbürgermeister somit seine Mehrheiten suchen muß.

Schweizer Rundfunk, 2. April 1984

Kronawitter hat seine Wähler vor allem bei den Arbeitern und Mietern gefunden, weil diese ihm zutrauen, daß er etwas für sie tut. Als rechtem Sozialdemokraten ist es Kronawitter aber auch gelungen, in der Wählermitte abzusahnen. Er steht damit im Gegensatz zur SPD bundesweit, die die Wähler links der Union sucht, einen rotgrünen Kurs steuert. Das könnte für ihn auch bereits einige Konflikte mit seinen eigenen Genossen programmieren.

DFS, 1. April 1984

Nun ist München die erste Millionenstadt, in der die Sozialdemokraten den Oberbürgermeister-Stuhl zurückgewinnen — und

das schon nach sechs Jahren CSU-Regierung, einer ungewöhnlich kurzen Zeit für bayerische Verhältnisse... Die Niederlage muß die CSU schmerzen, weil erkennbar ist, daß sie nur noch auf dem Land die beherrschende Kraft ist, in den Städten aber immer mehr an Einfluß verliert. Die Begeisterung der SPD-Führung mag heute noch ungetrübt sein, aber die Probleme kommen erst. Kronawitter... hat nicht die Mehrheit im Stadtrat. Vielleicht hat er mit den Grünen zusammen eine hauchdünne Mehrheit...

RTL, 2. April 1984

Was brachte Kronawitter eigentlich so weit nach vorne? Im Wettstreit um die größere Popularität hat Kronawitter gewonnen, weil seine ausstrahlende Redlichkeit glaubhafter war als die fleißige Ernstigkeit von Kiesel... München kann ein Lehrstück für die CSU sein und für das Verhalten ihrer Persönlichkeiten in der Führung. Bayrischer Rundfunk, 1. April 1984

Fazit: Ein überraschend klarer Sieg der SPD in München, eine bittere Niederlage für die CSU, sicher eine Niederlage, die den Denk- und Diskussionsprozeß vorantreiben wird, der sich in der CSU seit dem letzten Jahr andeutet.

Deutschlandfunk, 1. April 1984

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UId